Hallische Nachrichten

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachrisstr. 12 bis 14 und Bölbergasse 1. Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 7981.
Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Geschäftsstellen: Leipzigerstr. 34 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1403).

Die Hallischen Nachrichten erscheinen täglich nachmittags (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) und stehen bei freier Zustellung in Halle und in den Orten mit eigenen Vertriebsstellen sowie bei Postbezug (ohne Zustellungsgebühr) monatlich Mk. 5.—, vierteljährlich Mk. 15.—. Einzelpreis: die 31 mm breite Nonpareillezeile Mk. 1.50, Familienanzeigen Mk. 1.—, Vereins-, Vereinsrat- und ähnliche Anzeigen Mk. 2.—, die 75 mm breite Reklamezeile Mk. 5.—, — Rabatt nach Tarif. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 14636

Nummer 78 — **Halle, Montag den 19. April 1920** — **32. Jahrgang**

Vor der Konferenz von San Remo.

Frankreich gegen die britischen Weltmachtpläne in Vorderasien.

Von unserem Sonderberichterstatter.

sh. London, 17. April. (Indirekt.)

Am Vorabend der Verbandskonferenz von San Remo, geht durch hiesige politische Kreise die Mitteilung, daß die vorderasiatischen arabischen Gebietsfragen einer erneuten Untersuchung harren. Berichte aus Damaskus weisen auf die zwingende Notwendigkeit hin, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und dem Könige Faisal, womöglich unter Mitwirkung Englands, zu klären. Den Ausgangspunkt für die Besprechungen bildet zweifellos der Passus in der anläßlich der Unabhängigkeitserklärung Syriens und des Libanons bekannt gewordenen Rede Faisals, daß die französischen und englischen Truppen das dem Könige von Syrien übertragene Gebiet restlos zu räumen hätten. Die französische Regierung ist mit diesem, dem Vertrage über Syriens Zukunft zuwiderlaufenden Wunsche Faisals nicht einverstanden, sondern bestritt die Auffassung, daß die französische Besatzungsfrage gemeinschaftlich mit England und den Beratern Faisals zu klären sei. Wie steht es nun mit England in diesem Streite? Der Fall ist auch für europäische Verhältnisse äußerst begleitsamend und reich an Aufschlüssen. Die Londoner Regierung ist bereit, die Sache des syrischen Königs zu unterstützen, wenn Faisal einerseits in dem Konflikte, der sich zwischen Muselmanen und Juden in Palästina verschärft hat, eine neutrale Haltung einnimmt, das heißt, der englischen Versöhnungsaktion in Palästina keine Hindernisse entgegensetzt, und wenn Faisal andererseits in Mesopotamien die Herstellung verschiedener, unter britischer Aufsicht und nach britischen Plänen zu schaffender Eisenbahnstrecke seine Zustimmung gibt, hauptsächlich, was die Verbindungslinien über Arabien nach Ägypten betrifft. Die englische Regierung interessiert sich in Mesopotamien besonders für die Ausbeutung der sogenannten Mosul-Quellen (Erdöl) und hofft mittels der dortigen Erträgnisse, einen Teil der Baukosten für die Eisenbahnstrecken aufzubringen. Begreiflicherweise sollen diese Verkehrslinien einen wichtigen strategischen Zweck erfüllen und die feste Verknüpfung Ägyptens zu Lande — mit Persien und weiterhin mit Britisch-Indien — anbahnen. Da vor kurzer Zeit anglo-amerikanische Unterhandlungen über die Mosul-Quellen begonnen haben, so ist anzunehmen, daß die Washingtoner Regierung der seitens England dem Könige Faisal vorgeschlagenen Lösung nicht unbeteiligt gegenüberstehe.

Die verschärften Notrufe der Pariser Presse über Englands Auftreten in Kleinasien lassen sich umso besser begreifen, wenn man die etwas isolierte Stellung Frankreichs in Kleinasien in Betracht zieht, so, wie sie sich aus den obigen Darlegungen ergibt. Vergeblich sucht die französische Presse ein günstiges Echo in England herauszulocken. Sie verquickt die syrische Frage mit der Konstantinopels, wohlwissend, daß es sich hier um zwei streng von einander getrennte Dinge handelt. Faisal will die Unabhängigkeit Syriens und der angrenzenden Nebenländer, während sich Frankreich, etwas zu früh, im Glanze einer über Syrien herrschenden Orientmacht sonnte. Daß man in Paris dieser Faisal den „mißgünstigen Jodu Bull" zu sehen glaubt, ist begreiflich. Die nationalistisch-klerikalen französischen Zeitungen, deren Traum seit jeher das „katholikenprotektorat" in Syrien war, nun ihr Möglichstes, um England zu anzuschwärzen, wie in den dunkelsten Tagen von Faschoda. Man ist in Paris soweit gekommen, daß man hinter jedem Ungemach englische Anstiftung sucht. Selbst die Beseitigung eines Pariser Ministeriums, das in London nicht genehm ist, traut man den englischen „Imperialisten" zu. In der syrischen Frage wird die Konferenz von San Remo schwerlich endgültige Beschlüsse zeitigen können. Man hält in Londoner politischen Kreisen dafür, daß sich Frankreich mit äußersten Kräften und allen diplomatischen Mitteln gegen eine Verkleinerung seiner Stellung in Kleinasien wehren wird.

Daher taucht neuerdings die Frage auf, welche „Kompensationen" den Franzosen angeboten werden könnten, um sie von der vollen Ausnutzung ihrer Vertragsrechte in Kleinasien (Libanon) abzubringen. Man schlägt zu diesem Zwecke eine bevorrechtete Stellung Frankreichs in Tanger vor, das, nach den jüngsten in Madrid entworfenen Statut, rein international behandelt werden sollte. Tanger geht einer gewaltigen Ausdehnung als Welthafen und Kopfpunkt wichtiger Eisenbahnlinien entgegen. Es wird Verbindungen mit Südafrika, mit Südamerika erhalten, außerdem dient man einen Schnellverkehr nach London über Madrid, Paris. In letzterer Zeit fanden englischerseits Bemühungen statt, die spanische Regierung über Kompromißvorschläge zu sondieren, die eine Ausnahmestellung Frankreichs in Tanger ermöglichen könnten. In Madrid sind aber die Ohren bisher taub geblieben. Tanger soll nach Auffassung der spanischen Regierung, ein rein internationales Spielgebiet bleiben, bei dem auch auf die Mittelmächte Rücksicht zu nehmen wäre. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages (141 und 146) enthalten betreffs Tanger keine näheren Angaben. England sucht nun diese streng umschriebene Auffassung der Madrider Kreise zu durchbrechen, um sich Schrittmacher Frankreichs in der Tanger-Frage aufzutreten.

Die nächste Zukunft wird zeigen, ob die „Londoner Transaktionen", deren Tragweite recht bedeutend ist, ihr Ziel erreicht. Der Deutsche kann zufrieden sein, wenn sich die Herren nicht „sur le dos de l'Allemagne" einigen, wie es nach chamenchistischem Rezepte in allen strittigen Fällen geschehen sollte . . .

Beginnende Räumung Frankfurts.

Aus Frankfurt a. M. wird der „Voss. Ztg." gemeldet: Sobald die Alliierten sich die Gewißheit verschafft haben werden, daß die über die erlaubte Zahl hinaus im Kaiserreiter befindlichen Reichswehrtruppen abmarschiert sind, werden auch die Besatzungstruppen aus dem Gebiet des neuen Brückenkopfes vollständig zurückgezogen werden. Verschiedene Truppenteile haben die Besatzungszone östlich von Frankfurt und dieses selbst bereits verlassen. Am Montag morgen sollen alle Truppen abmarschieren. Offenbach und Mülheim sind schon ohne fremde Besatzung. Die französische und belgische Fahne am Hotel Imperial, dem Hauptsitz der fremden Offiziere, sind schon zurückgezogen, die Gebäude und vor allem das Goethegymnasium, geräumt. Es besteht offenbar die Absicht, vor Eintreffen des Beschlusses der Räumung diese so gut wie durchgeführt zu haben.

*

Wenn diese Nachricht, wie wir hoffen, zutrifft, so würde die Räumung Frankfurts und der übrigen widerrechtlich besetzten Gebiete durch die Franzosen fast überraschend schnell erfolgen. Der Druck der Alliierten hätte also gewirkt und die neuen Drohungen am Deutschland, die in den letzten Tagen hin- und herliefen, hätten tatsächlich nur den Zweck gehabt, den Franzosen goldene Brücken für ihren Rückzug zu bauen. Es darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß die Stimmung der Alliierten gegen Deutschland in der letzten Zeit wieder ungünstiger geworden ist. Man wird auf der Konferenz in San Remo vielleicht versuchen, die in die Brüche gegangene Einigkeit auf Kosten Deutschlands wieder herzustellen und Deutschland mit neuen Zwangsmaßnahmen zu drohen. Immerhin würde der schnelle Rückzug der Franzosen ein sichtbarer in der gegenwärtig wieder außerordentlich gespannten Lage Deutschlands sein. Es muß übrigens ausdrücklich bemerkt werden, daß die vorsehende Meldung über die Räumung Frankfurts noch nicht bestätigt worden ist.

Oberschlesien vor dem Generalstreik.

Die einseitig polenfreundliche Politik der interalliierten Kommission, die auf Abschnürung des Abstimmungsgebietes vom übrigen Deutschland hinauslüuft, hat die Stimmung in Oberschlesien aufs höchste gereizt. Der Unwille der Bevölkerung, wegen der nach dem Friedensvertrag unberechtigten Eingriffe der Kommission in die Justizverwaltung, sowie wegen der ebenso unberechtigten Außerkraftsetzung der wichtigsten politischen Rechte der Oberschlesier, nämlich der Wahlen zum Reichstag und der Ausübung der Reichsangehörigkeit, endlich wegen der Verhinderung der Einführung des Betriebsrätegesetzes ist außerordentlich groß und hat zu dem Beschluß des Generalstreiks geführt, dessen Folgen, allerdings sehr schwerwiegende sein können, da die Franzosen mit dem Einmarsch polnischer Truppen drohen. Das geht aus folgender Meldung hervor:

Breslau, 18. April. In der Streikangelegenheit ist heute die Entscheidung gefallen. Morgen werden die Gruben- und Hüttenarbeiter in den Streik treten, ebenso der Bund technisch-industrieller Beamten. Die kaufmännischen Angestellten werden wahrscheinlich von Dienstag an die Arbeit niederlegen. Die Franzosen drohten den Eisenbahnern, falls sie den Eisenbahnbetrieb still legen sollten, die Grenze zu öffnen und die polnischen Truppen hereinmarschieren zu lassen. Es stehen tatsächlich starke polnische Heeresmassen an der Grenze von Posen bis Galizien. Die polnische Berufsvereinigung steht geschlossen hinter den Deutschen.

Die Wahlen und die besetzten Gebiete.

Die neue Wahlkreiseinteilung ist von dem Ausschuß der Nationalversammlung am Freitag festgesetzt worden. Sie ist im wesentlichen die gleiche wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Das Reich wird in 19 Wahlkreisverbände mit 26 Wahlkreisen geteilt. Bemerkenswert ist, daß Ostpreußen und Oberschlesien zunächst überhaupt nicht wählen. Bis die Wahl vorgenommen werden kann, verbleiben die bisherigen Abgeordneten, wozu bei Ostpreußen als vorläufige Vertreter noch zwei der bisherigen Abgeordneten Westpreußens kommen, und zwar die beiden, deren Parteien in dem westpreußischen Abstimmungsgebiet die stärksten waren. Die Gebiete, die ohne Abstimmung bei Westpreußen und Posen bei Deutschland verbleiben, zählen zum Wahlkreis 5, dem bisherigen Regierungsbezirk Frankfurt a. Oder. Neuerdings verlautet nun auch, daß in Schleswig-Holstein auf Wahlen ebenfalls verzichtet werden soll, falls in der zweiten Zone noch nicht gewählt werden darf. In Nieder-Falle würde also nicht nur fast der ganze deutsche Osten, sondern auch die Nordmark wegfallen und die Wahlen würden somit nur sehr kümmerlich werden.

Die Sicherung der Parlamente.

Der Gesetzentwurf über die Befriedung der Gebäude des Reichstags und der Landtage ist der Nationalversammlung nunmehr zugegangen. In der Begründung heißt es unter anderem: Die Erfahrungen des 13. Januar 1920 haben die Aufmerksamkeit auf die Frage gelenkt, ob die Bestimmungen des geltenden Rechts ausreichen, um die Gebäude des Reichstages und der Landtage vor Ansammlungen zu schützen, die in ihrem Verlaufe zu Störungen der Arbeit der Volksvertretung führen könne. Das Recht verdienter ausländischer Staaten enthalte für solche Fälle eine Sonderbestimmung. Insbesondere ist nach englischem Recht eine Versammlung von mehr als 50 Personen innerhalb einer englischen Meile vor den Toren des Parlamentsgebäudes verboten und den Teilnehmern an einer solchen Strafe angedroht. Das französische Recht bestraft jeden, der einen Aufruf zum Zwecke der Erörterung, der Zusammenfassung oder Uebermittlung einer Petition einer Erklärung oder eines Aufrufs an eine der beiden Kammern veranlasse.

Die allgemeinen Bestimmungen des deutschen Rechts bieten in dieser Beziehung weder auf dem Gebiete des Strafrechts noch auf dem des Versammlungsrechts eine hinreichende Handhabe. Insbesondere ist nach Artikel 123, Absatz 2 der Reichsverfassung das Verbot einer Versammlung in der Nähe der Parlamentsgebäude nur bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit möglich. Versammlungen in der Nähe der Parlamentsgebäude — wenn eine solche Gefahr zunächst auch nicht zu bestehen scheint — können jedoch eine Wendung annehmen, die für die geordnete Fortführung der parlamentarischen Arbeiten verhängnisvoll werden würden. Vor einer solchen Gefahr müsse die Vertretung des Volkes unter allen Umständen geschützt werden. Der Entwurf zweigt deshalb die Gebäude des Reichstags, der Landtage einschließlich der Bürgerschaften der Freien Städte mit einem befriedeten Bannkreise, der je nach den örtlichen Verhältnissen weiter oder enger zu ziehen ist, auch erforderlichenfalls geändert wird. Dies bestimmt für den Reichstag die Reichsregierung, für die Landtage die Landesregierungen, und zwar im Einvernehmen mit den Präsidenten der Häuser.

Demokratischer Parteiausschuß.

Von unserer Berliner Redaktion.

Der demokratische Parteiausschuß, der am Sonnabend und Sonntag in Berlin getagt hat, um die Partei für die bevorstehenden Wahlen marschfertig zu machen, war überaus gut besucht. Die Hauptverhandlungen, die durch ein langes Referat des Vorsitzenden Senator Petersen und durch ein Korreferat des Abgeordneten Nuschke eingeleitet wurden, bewegten ungemein anregend und brachten in den wichtigsten Fragen die wünschenswerte Klärung. Die großen Probleme, die uns in diesen Tagen bewegen, wurden gründlich durchgesprochen: das Verhältnis von Reich und Ländern, Verstärkung des Einflusses der Reichsleitung, Aufrechterhaltung und Weiterbildung der Dezentralisation die Reorganisation der Reichswehr nach den schweren Erschütterungen des Kapp-Putsches, der Generalstreik, der ihn niederringen half und den man besser eine allgemeine Arbeitseinstellung zur Erzwingung verfassungsmäßiger Zustände nennen sollte, die Herrschaftsansprüche der Gewerkschaften und sonstiges, auch die ungemein schwierige und heikle Frage, wie weit man in der Säuberung von Verwaltungs- und Beamtenschaft gehen darf, ohne die sachkundigen und sachlichen Qualitäten auf Kosten der Gesinnungstüchtigkeit zu gefährden. In der Debatte, an der mehrfach auch die Minister Koch, Geßler und Blunck, und der preußische Handelsminister Fischbeck sich beteiligten, kam man mühelos zu einer mittleren Linie, die dann in der einstimmigen Annahme eines Entschlusses ihren Ausdruck fand. Der Parteiausschuß billigte die Haltung des Parteivorstandes in den bisherigen, alle allgemeinen Arbeitseinstellung und er dankte ihm für die Entschlossenheit, mit der er die Vorbereitende der Generalstreikaktion abgewiesen hätte. Darüber bleibt als besonders erfreulich anzusehen, der starke nationale Zug, der durch die Versammlung ging und der sich gleichzeitig zu Resolutionen zu gunsten der Volksgenossen in den Abstimmungsgebieten, wie der Verkürzung auf 15 Jahre von uns getrennten Saargebiets, im Saargebiet sich verdichtete. Danach sprach Minister Koch über die kommenden Wahlvorbereitungen und über ihre technische Seite. Im Anschluß daran wurde beschlossen, daß die Reichsliste vom Parteivorstand aufgestellt werden solle im Einvernehmen mit den örtlichen Wahlkreisvorsitzenden.

Dr. Friedbergs Rücktritt.

Der Vorsitzende des Vorstandes der deutschdemokratischen Partei, der frühere langjährige nationalliberale Abgeordnete Friedberg, hat sein Amt niedergelegt. Seit Jahr und Tag kränkelt, wäre er den Anforderungen, die während der Wahlbewegung die Leitung der Partei an ihn stellen würde, nicht mehr gewachsen. Er bleibt aber zunächst im Parteiausschuß, wie er auch zunächst noch Führer der Fraktion in der Landesversammlung bleibt.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei

hielt am Sonnabend und Sonntag eine Tagung ab. Stresemann berichtete über die politische Lage und die Wahlen. Am Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner als die Sehnsucht weiter Kreise des Bürgertums, der Angestellten und Arbeiter eine Zusammenfassung aller dieser Schichten in eine große bürgerliche Partei, deren Kern die Volkspartei bilden solle. Alles das aber würde sie nicht erhalten, den Wahlkampf unter dem einen Gesichtspunkte zu führen: Der Feind steht links.

Am Schlusse der Aussprache beleuchtete Stresemann die Haltung der Partei während des Kapp-Putsches, die nach seiner Ausfassung von Anfang an die allein richtige gewesen sei. Dann wurde der Parteileitung das Vertrauen der Partei ausgesprochen und die Abgeordneten Stresemann und Kahl mit der endgültigen Abfassung des Wahlaufrufes betraut. Der Zentralvorstand nahm auch einstimmig eine Entschließung an, welche sich gegen die vom Arbeitsministerium geplante Vorlage richtet, nach der die Arbeiterversicherung der Angestellten nach Möglichkeit anpassen solle, nicht aber auch die Angestelltenversicherung.

Austritte aus der deutschnationalen Volkspartei.

Zusammen mit dem Abgeordneten v. Kardorff sind auch die früheren freikonservativen Abgeordneten Dr. Otto Arendt und von Dewitz aus der deutschnationalen Volkspartei ausgetreten. Sie veröffentlichen heute in der „Täglichen Rundschau" eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Gründe ihres Austritts erklären. Graf von Posadowsky hat bereits früher erklärt, daß er nicht mehr kandidieren, ebenso der frühere Vizekanzler v. Delbrück.

Großthüringen.

Wie die „Thüringer Allg. Zeitung" erfährt, ist bei der Reichsregierung ein Antrag der thüringischen Staaten eingegangen auf Bildung eines Landes Thüringen unter Ausschluß aller preußischen Gebietsteile, weil deren Bevölkerung sich dagegen erklärt. Der Antrag hat das Kabinett bereits beschäftigt, und es steht die Einbringung einer Vorlage beim Reichsrat und Parlament unmittelbar bevor.

Hölz in Marienbad verhaftet.

Dresden, 18. April. Vom Wehrkommando 4 wird gemeldet: Nach übereinstimmenden Mitteilungen der tschechischen Grenzkommandos in Gradlitz und Breitenbach sowie der Militärpolizei in Eger ist Hölz am 17. d. M. in Marienbad verhaftet und in das Kreisgerichtsgefängnis Eger eingeliefert worden.

Plauen, 18. April. Zu der Verhaftung von Hölz wird der Polizeinspektion in Eger noch mitgeteilt: Hölz verweigert jede Auskunft über seine Person. Er erklärte, erst vor dem Gerichtshof in Prag Rede stehen zu wollen. Durch Gegenüberstellung mit einigen anderen im Kreisgerichtsgefängnis befindlichen Verhafteten wurde jedoch seine Identität festgestellt. Es wurden bei ihm noch etwa 130 000 M. vorgefunden. Mit ihm zusammen wurde ein Kommunist namens Weber festgenommen.

Nach einer Marienbader Meldung in Leipziger Blättern erfolgte die Verhaftung in Tepleu, dem unteren Stadtviertel. Dort gewahrten am Sonnabend (die Ankunft Hölzens war bereits signalisiert) Gendarmen zwei Verdächtige. Befragt, wie sie heißen, antwortete der eine, daß er Adolf Gustavo Mill heiße und aus Preußen stamme. Auch der andere gab zu, von dort zu sein und nannte sich Kurt Webel. Als die Beamten zur Durchsuchung ihres Anzugs schreiten wollten, zog der eine eine Handgranate aus der Tasche und wollte flüchten. Die Gendarmen ließen sich aber dadurch nicht schrecken, sondern zwangen ihn unter Zuhilfenahme ihrer Waffen zum Niederlegen der Handgranate und zum Stehenbleiben. Bei der weiteren Durchsuchung stellte es sich heraus, daß der Hölz gehaltene einen größeren Geldbetrag bei sich führte. Die Festgenommenen wurden nun nach dem Kreisgerichtsgefängnis in Eger verbracht, wo sich herausstellte, daß Mill der Räuber Max Hölz und Webel ein Genosse von ihm war.

Die Post- und Telephonverteuerung.

Einfache Briefe 40 Pfg., Postkarten 30 Pfg. — Die Zwangsanleihe bei Fernsprechanschlüssen.

Der Reichsrat befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Postetat, d. h. mit der Frage, wie das klaffende Loch im Etat zu stopfen wäre. Die wenig tröstliche Antwort betrug: Lauter Zum- und Abbau der Porto- und Telephon-Verteuerung, und zwar soll vom 1. Mai ab noch erheblich über die Sätze hinausgegangen werden, die Postminister Giesberts vor einiger Zeit vorgeschlagen hatte. Daß die Nationalversammlung anderer Ansicht sein sollte als der Reichsrat, ist bei der Höhe des Defizits kaum anzunehmen, und so wird denn wohl die Post denselben Weg gehen, auf dem man leider die Eisenbahn seit langem sieht: den Weg der lawinenartig anwachsenden Verkehrsverteuerung. Wie weit haben wir uns schon von der seinerzeit mit Recht hochgepriesenen Errungenschaft des 10-Pfennig-Portos für Briefe entfernt! So weit, daß wir mit dem Vorschlag, das Briefporto auf 40 Pfg. zu erhöhen, noch über die höchste Stufe des gestaffelten Portos hinausgelangen, das vor der Einführung des Einheitsportos bestand und in der höchsten Stufe 30 Pfg. (vielmehr: „3 Silbergroschen") betrug. Man kann nicht deutlicher beweisen, daß wir mit der fürchterlichen Verkehrsbelastung rückwärts gehen. Und der einzige, obwohl schwache Trost ist die unsichere Hoffnung, daß die jetzigen Notmaßnahmen einmal wieder besseren Verhältnissen weichen müssen. . .

In der erwähnten Sitzung des Reichsrates wies der brauchbarerische Gesandte von Boehm auf das ungeheure Defizit der Post hin, das für 1919 1½ Milliarden beträge und für 1920 auf 2½ Milliarden geschätzt werde. Würden die Beschlüsse des Unterausschusses zur Gebührenreform durchgeführt, würde sich das Defizit vielleicht auf 3 Milliarden steigern. Die Ursache des Defizits liege nicht etwa im Nachlassen des Verkehrs, der in allen Zweigen, insbesondere im Wertpaketverkehr und im Fernsprechwesen so gestiegen sei, daß er kaum bewältigt werden könne, sondern in der Steigerung der Materialpreise und vor allem in der geradezu übermäßigen Steigerung der Personalausgaben. Denke man sich diese Steigerungen weg, so würde der Etat von 1920 noch einen Ueberschuß abgeworfen haben. Die Erhöhung der Tarife sei eine unabweisbare Notwendigkeit. Die Ausschüsse sind übereinstimmend der Ansicht, daß eine Sanierung der Finanzen der Post nur zu erreichen sei, wenn eine Verringerung des gesamten Personals vorgenommen werde. Trotz der Erhöhung der Gebühren würde aber immer noch ein Defizit von mindestens einer Milliarde ungedeckt bleiben. Darum sind die Ausschüsse in einigen Punkten noch über die vorgeschlagenen Tarife hinausgegangen, um einen Mehrbetrag von mindestens 160 Millionen zu erreichen. Das Porto für Postkarten ist auf 30 Pfg. erhöht worden, für einfache Briefe auf 40 Pfennig und für Briefe bis 250 Gramm auf 60 Pfennige. Die Sätze für Drucksachen und Geschäftspapiere sind verdoppelt, auch die Paketgebühren, Postanweisungsgebühren und die Gebühren für Zeitungen erheblich erhöht worden. Für Telegramme ist der Unterschied zwischen Orts- und Fernlegrammen beseitigt worden. Die Ortsgebühr beträgt 20 Pfennig, die Mindestgebühr für ein Telegramm 2 Mark. Die Fernsprechgebühren erfahren durchweg eine Erhöhung um 100 Prozent, bei ganz großen Netzen noch darüber hinaus. Die Ausschüsse haben sich auch trotz mancher Bedenken damit einverstanden erklärt, daß von den Fernsprechteilnehmern ein besonderer Kapitalbeitrag in Höhe von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß geleistet werden soll.

Postminister Giesberts bemerkte, nachdem der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200419014/fragment/page=0001

Reichsrat die Vorlage angenommen hatte: Die Verwaltung sei sich der ungeheuren Belastung des Verkehrs wohl bewußt, durch die der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erschwert werde. Er sprach die Hoffnung aus, daß diese Erhöhungen erzieherisch wirken würden und daß bald der Zeitpunkt kommen werde, wo man in Deutschland einsehe, daß die Geschichte nicht so weitergehen könne, wenn Deutschland nicht an den Abgrund kommen solle.

Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf über den Uebergang der Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs an das Reich zu. Bayern erhält für die Aufgabe seiner eigenen Postverwaltung vom Reich 620 Millionen, Württemberg 250 Millionen.

*

tz. Berlin, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.) Neue, vom radikalen Flügel der Eisenbahner ausgestellte Forderungen lauten auf eine Verdoppelung der bisher geltenden Lohnsätze. Ihre Bewilligung würde eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife um 100—150 Prozent zur Folge haben.

Abänderungen in den Titeln unserer Reichsbeamten.

Man schreibt uns: Im Zusammenhang mit der neuen Besoldungsordnung gelangen auch verschiedene Aenderungen in den Titeln der höheren Reichsbeamten zur Durchführung. Mit der Errichtung von Reichsministerien an Stelle der früheren Reichsämter war der bisherige Titel „Staatssekretär" durch „Minister" ersetzt worden. Dadurch hat der Titel des zweiten höchsten Beamten der Zentralbehörden „Unterstaatssekretär" seine Berechtigung verloren. Er kommt deshalb in Zukunft ganz in Fortfall und an seine Stelle tritt der Titel „Staatssekretär". Ferner werden die bisherigen Titel der Vortragenden Räte „Geheimer Regierungsrat", „Geheimer Oberregierungsrat" und „Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat" ersetzt durch „Oberregierungsrat" und „Ministerialrat". Der Geheimrat verschwindet also gänzlich aus der Titulatur unserer Reichsbeamten. Die bisherige Gruppe der höheren Beamten bei den Reichsministerien führt also in Zukunft folgende Titel: Minister, Staatssekretär, Ministerialdirektor, Ministerialrat, Oberregierungsrat, Regierungsrat.

Die Einwohnerwehren und ihr Ersatz.

tz. Berlin, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.) Auf die letzte Note Deutschlands an die Entente, die das Ersuchen um Verlängerung der Frist für die Auflösung der organisierten Arbeiter in der bewaffneten Ortswehren bis 30. Mai festsetzte.

Die Putschgerichte.

Wie uns aus Berlin berichtet wird, sind die Beratungen im Reichskabinett über die Lage in Pommern beendet worden. In den Reichswehrformationen in Pommern werden einige Personalveränderungen in den nächsten Tagen vorgenommen. Die Grenzwache wird zur vermehrten Ueberwachung der Landesgrenze verstärkt. Obwohl Waffenfunde auf den großen Gütern nicht gemacht wurden, werden die polizeilichen Kontrollmaßnahmen fortgesetzt. Zu einem gerichtlichen Einschreiten sieht weder das Reichskabinett noch das preußische Staatsministerium eine Veranlassung gegeben.

Der Aufstand in Irland.

Den Ernst der Lage beleuchten zwei Meldungen: Lord French ist von dem Posten des Vizekönig zurückgetreten, weil er sich der Lage gewachsen nicht mehr gewachsen fühlt. Reuter meldet die Absendung einer Kavalleriebrigade nach Irland.

Nationalversammlung.

Erhöhung der Wochenhilfe. — 150 Petitionen erledigt.

Berlin, 17. April.

B. Berlin, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Eine kurze schmerzlose Sitzung, gewissermaßen eine Ausfandsitzung, um nicht inmitten der in Haufen drängenden Arbeiten einen freien Tag einzuschalten. Es war vorauszusehen, daß die Nationalversammlung heute zu keinen größeren Taten bereit sein werde. Die demokratische Partei, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei haben für heute ihre Getreuen zu wichtigen Verhandlungen geladen, und diese Zentrumsvorstands- und Varieteausschußverhandlungen kurz vor den Wahlen sind für die Abgeordneten wesentlicher als eine Parlamentssitzung. Es kam den Parteien sehr zu passe, daß Unterstaatssekretär Lewald gleich zu Anfang erklärte, die Regierung sei bereit, die Interpellationen über die Unfälle in den Kreisen Tapiau und Malmedy und über den seitdem Durchgangsverkehr mit Ostpreußen durch das immer neue Hindernisse bereitende polnische Gebiet erst in nächster Woche zu beantworten. So wurden denn die beiden Interpellationen abgesetzt. In rascher Eile erledigte man die Aenderung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge in zweiter und auch gleich in dritter Lesung. Danach soll das Wochengeld soviel wie das Krankengeld, mindestens aber 150 M. betragen. Ein Vorstoß der Frau Zietz, die das Wochengeld noch mehr erhöhen wollte, was, wie Finanzminister Wirth feststellte, einen Mehraufwand von 100 Millionen erfordern würde, wurde abgeschlagen. Dann arbeitete die Petitionsmaschine glatt und geräuschlos. Nicht weniger als 150 Beschlüsse wurden ohne Debatte nach den Ausschußbeschlüssen erledigt. Nach knapp 1¾ Stunden konnten die wenigen Volksvertreter die Stätte ihrer Arbeit verlassen.

Montag: Grundschule (3. Lesung), Militärversorgung.

*

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat einen Antrag eingebracht, wonach der 1. Mai gesetzlicher Feiertag sein soll. Bekanntlich ist schon im vorigen Jahre der 1. Mai in Deutschland als Feiertag begangen worden, der damalige Beschluß der Nationalversammlung bezog sich aber nur auf 1919.

Als Gefangener bei der roten Armee im Vogtland.

Von August Mertens.

Ein Journalist sollte sich nie verleiten lassen, auf Begebenheiten allein ein endgültiges Urteil über eine Person aufzubauen, ein Urteil über einen Menschen, der die Welt tage-, ja wochenlang in Spannung erhält. Nicht eine menschenfreundliche Geste oder Handlung zeigt uns schon den Idealisten. Und wenn viele Tagesgerüchte in ihm einen „Räuberhauptmann Hölz" zu berichten wußten, während in Plauen Tausende und aber Tausende „ihrem Mar" zujubelten, so beweist das nur, wie oberflächlich sich die meisten Menschen ihr Urteil bilden. Aus dieser Erkenntnis heraus will auch ich an dieser Stelle nicht über Hölz zu Gericht sitzen; denn ich weiß nur bestimmt, daß er mir und ich für diejenigen, denen er die Visiten über dem Kopf anzündete und von denen er die Hunderttausende nahm, der „Räuberhauptmann", während er für alle, denen er gab, ein Idealist, ein Freund der Armen bleiben wird. Weil ich es mir nun immer zum Grundsatz mache, nicht auf Hörensagen weiter zu bauen, so beschloß ich mich an Ort und Stelle zu unterrichten, um an der Hand eigener Eindrücke die Antwort auf die Frage zu finden: Wer ist der Mensch und welchen Motiven entspringen seine Handlungen? Ich fuhr also kurzerhand nach Plauen, um den Löwen in seiner Höhle aufzusuchen. Das glückte zunächst nicht; ich mußte daher weiter, in das „Hauptquartier" Falkenstein. Ein Lastauto, das Neuangeworbene für die rote Armee und Verhaftete dahin brachte, nahm mich mit.

Es war zehn Uhr abends, als wir in Schloß Falkenstein ankamen. War schon das Durcheinander der Einwohner auf den Straßen mit einem Bienenkorbe zu vergleichen, so glich das Todtwuhbaus im Schloß selbst einem Bienenstuf. Die gefangenen Reichswehrsoldaten wurden von den Rotgardisten mit roben Beschimpfungen empfangen und mit Stößen und Fäusten schwer mißhandelt. Endlich erschien Hölz, um sich die gefangenen „Noskiden" anzusehen. Auch er schlug sie der Reihe nach ins Gesicht und drohte alle, erschießen zu lassen. In diesen Sekunden durchlebte ich eine arge Enttäuschung. Stand eines Menschen dessen Verbrechen man in dieser außergeiten Zeit unwillkürlich immer noch nach Entschuldigungsgründen sucht, bei dem man trotz aller politischer Gegensätze gerne, wenn auch nur das kleinste Pünktchen Idealismus finden möchte, statt dessen sah ich vor mir nur einen Wüterich, eine von Haß verzerrte unschöne Gestalt. Eine Kreatur ohne die geringste Menschlichkeit gegenüber seinen Feinden. Dieser Mensch mit seinem scheuen Blick und lapenartigen Gang flößte mir Schrecken ein. Sein Vertrauter, ein junger Buchdrucker, nebenbei bemerkt der Leiter der roten Pressebeteilung, trat an ihn heran und fragte zunächst, was mit dem Redakteur geschehen solle. „Einsperren!" Selbstverständlich einsperren!" erwiderte Hölz. Das bezog sich auf den in Plauen verhafteten Leipziger Kollegen. „Es sind aber zwei Redakteure hier!" sagte der Buchdrucker. „Zwei?" fragte der Diktator überrascht und dabei streifte mich sein Blick, in dem der ganze Schrecken eines zu allem fähigen Irren lag. Ich machte einen Versuch, in Kürze meine Anwesenheit zu begründen, doch vergeblich, er ließ mich gar nicht ausreden, drehte sich um und verschwand. Von diesem Moment an wurde auch ich als Gefangener behandelt. Nach alledem war ich überzeugt: dieser Mensch war weder Politiker noch Idealist. Gerade an jenem Tage hatte ihn eine Nachricht aufs höchste erregt. Ein in Bayern wohnender politischer Gefangener war mit der Neuigkeit eingetroffen, daß bei Hof eine ganze Armee Regierungstruppen lagere, die sich schon bereit mache, auf Plauen zu marschieren. Was aber diesem plane, blieb uns zunächst unklar.

Der Leipziger Kollege und ich wurden nun in Zivil anzufassen, die von Hölz schon 8 Tage in Haft gehalten wurden. Kaum hatten wir uns auf die Matratzen ausgestreckt, als der Hexensabbat ausbrach. In der Nähe klirrten Fensterscheiben, die Schreie, Rufe erwachter Bestien klangen durch die Nacht. Es war wie die Vollstreckung des Urteils einer kleinen Untergang gewähnten, wo. Vor unserm Fenster ertönten Rufe: „Feuer her!" „Benzin her!" Und schon nach einigen Sekunden beleuchtete schaurliger Flammenschein unsere Arrestzelle. Was stand uns bevor? Wie, wenn man zum Abschluß eine Handgranate zu uns dereinwarf? das war unser Fragen. Es folgten bange Minuten, ehe wir besser wurde der Feuerscheint, das Knistern des Brandherdes kam immer näher. „Aufstehen!" „Mitkommen!" riefen plötzlich einige Rotgardisten zu uns herein. Wir folgten. Sollte es jetzt an die Mauer gehen? Wir wurden zunächst wieder ins Schloß geführt. Auf dem Wege dahin sahen wir an allen Enden die Flammen der angezündeten Villen zum Himmel lodern. Im Schloß sahen wir den „Genossen Pflug", die rechte Hand von Hölz. Wir baten ihn, sich bei seinem Herrn und Meister für uns zu verwenden. Doch da kam schon wieder eine Ordonnanz mit dem Befehl, uns zu den verhafteten „Noskiden" zu stecken. Diese waren in einem Zimmer des linken Schloßflügels. Es wurde uns noch etwas Stroh beschafft und wir streckten uns hin, um wenn möglich einige Stunden zu schlafen. Daran war aber gar nicht zu denken; denn von der Straße her erklangen das Geraffel der angekurbelten Automobile und die Kommandorufe der Gruppenführer. Alles schien zum Abrücken bereit. Der Leiter der Presseabteilung des Aktionsausschusses kam herein und händigte uns mehrere Paketchen Hölz'scher Flugschriften aus mit dem Bemerken: „Zur Aufklärung der noch schlafenden Geister im Reiche". Wir schlossen hieraus auf unsere Freilassung noch vor dem Anbruch. Eitles Hoffen! Zuerst wurden nun die „Noskiden" abgeführt; dann die beiden anderen Offiziere und zuletzt wir von der Presse. Noch einmal standen wir vor dem Gewaltigen, der mit Napoleonsgeste seine Anordnungen traf und den Befehl gab, daß wir mitmarschieren sollten. Wir mußten uns den 400 Rotgardisten unter Bewachung anschließen. Als wir uns von einer Anhöhe aus noch einmal umblickten, leuchtete das brennende Falkenstein grausgeschön aus dem Tal hervor, als ein warnendes Zeichen einer zu Tode gehetzten Freiheit. Millionen Werte waren sinnlos zerstört. Nun ging es dergauf, dergab, bis wir bei werdendem Tag gewahrten, daß wir die östliche Richtung einschlugen; ich vermutete, daß es der nahen böhmischen Grenze zugehe.

Endlich um 9 Uhr morgens erreichten wir Klingenthal. Hier standen eine Reihe Autos, ein Zeichen, daß der Diktator schon im Orte war. Wir mußten unter Bewachung belegte treten und setzten uns vor ein Schaufenster. Die „Noskiden" und die beiden Offiziere sahen wir nicht mehr, die hatte man wohl schon wieder in Sicherheit gebracht. Da sahen wir Hölz, den Blick gesenkt, sinnend auf und ab gehen. Wir schickten einen Rotgardisten zu ihm, mit der Bitte um eine Unterredung. Und wirklich, er kam. Wir machten ihn noch einmal darauf aufmerksam, daß er seiner Sache mit unserer Verhaftung nur schädige. Schweigend hörte er uns an. Dann sagte er endlich wie aus einem bösen Traum erwachend: „Geben Sie!" Dazu ließen wir uns natürlich nicht zweimal auffordern. Nach einem Mittagessen im „Hotel zur Post" fuhren wir im Wagen nach Adorf und von dort mit der Bahn nach Plauen.

Und nun noch ein Wort über die rote Garde. Ich kann ihren Wert nur so charakterisieren: Wehe, wenn sie losgelassen! Und wehe dem Volk, das von einer solchen Gesellschaft sein Heil erhofft. Man muß diese rohen Gesellen gesehen, muß gehört haben, wie sie sich lustig machten über eine Gattin und Mutter, die ihr händeringend um Schonung ihres Eigentums gebeten hatte, und wie sie sich der Brandschatzungen und Plünderungen rühmten. Ja, man muß gesehen haben, mit welcher Bestialität ein Hölz wehrlose Gefangene ins Gesicht schlug. Ein Hölz, der stets Handgranaten in der Tasche trägt, um sich aus Angst vor Verrat bei Tisch damit die Tasch zu schmücken. Was ein Hölz in seinem Wahnsinn nicht mehr erkannte, daß jedes gewaltsame Vorgreifen an der geschichtlichen Entwicklung nur die Bestie im Menschen weckt, das sollte uns allen ein stilles Gebet auf die Lippen nötigen: Alle guten Geister! Bewahrt uns vor einer Freiheit, die uns Ruinen erstehen soll!

Kleine Chronik.

Der neue Berliner Kellnerstreik.

Der Streik der Kellner und Angestellten des Gastwirtsgewerbes, der am Sonnabend mittag ausbrach, hat den Betrieb in fast allen Hotels und Restaurants lahmgelegt. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 40 000. Wenn auch im Augenblick nur die Küche, Kellner und das Hilfspersonal in den Gaststätten sich im Ausstand befinden, der Streik also noch nicht allgemeinen Charakter trägt, so muß doch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß auch andere Betriebe einen Sympathiestreik eintritt. — Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern haben durch die Proklamierung des Streiks einen vorläufigen Abschluß gefunden, dürften jedoch in Kürze wieder aufgenommen werden. Es ist jetzt bei der Mehrzahl der zurzeit geschlossenen Hotels und Restaurants die Absicht, bis zur Erledigung des Konfliktes die Betriebe ruhen zu lassen und von der Einstellung von Nachhilfspersonal abzusehen. Mit einem Uebergreifen der Streikbewegung auf die Kaffeehäuser, Kabaretts und Konditoreien wird in den beteiligten Kreisen nicht gerechnet. In einer Versammlung der Arbeitgeber beschlossen die sieben großen Verbände des Gastwirtsgewerbes, die Forderungen der Gehilfen abzulehnen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß der Streik schon darum völlig ungerechtfertigt ist, weil er einen Ausgangspunkt nicht vom Verband der Gastwirtsgehilfen genommen hat, sondern weil in einzelnen Betrieben, so im Pschorr und bei der Hotelbetriebsgesellschaft, die Angestellten unter Bruch der Verbandsdisziplin die Arbeit niederlegten.

Wir meiden die Stadt!

Im Landwirtschaftlichen Kreisverein des Elbe-Havelsees erklärte der Vorsteher, Oekonomierat Lorenz, in Geismar: „Wir meiden die Stadt, bis sie sich bessert. Den Kapp-Putsch bedauern wir elbeschen Bauern ohne Ausnahme, aber die Arbeiter hatten kein Recht, die Bürger zu terrorisieren und ihren Terror auch auf das Land auszudehnen. Wir sprechen im Falle einer Wiederholung mit dem Lieferstreik antworten." Die Versammlung faßte daraufhin einstimmig eine diesbezügliche Entschließung.

Diebstähle in der Berliner Universität.

Aus dem physikalischen Institut der Universität Berlin sind durch noch unbekannte Täter verschiedene wertvolle Apparate gestohlen worden. Ferner fielen den Dieben einige Gramm Platin in die Hände, die aus dem Hofmannschen Voltameter gewissenlos herausgebrochen worden sind. Der Wert des gestohlenen Gutes beläuft sich auf etwa 20 000 Mark.

Absturz eines Wasserflugzeuges.

Ein deutsches Wasserflugzeug, das auf dem Fluge von Swinemünde nach Christiania war, stürzte im Sund ab und wurde vollständig zertrümmert. Der Flieger Rolting wurde schwer verletzt; sein Begleiter, ein Mechaniker, erlitt leichtere Verletzungen. Das Flugzeug sollte zu Passagierflügen in Christiania-Fjord Verwendung finden.

Das fliegende Pferd.

Das Flugzeug entwickelt sich immer mehr zu einem Verkehrsmittel, das sich für alle Zwecke brauchbar erweist. So wurde kürzlich, wie amerikanische Blätter melden, ein Pferd, das für ein Rennen in Santa Barbara in Kalifornien gemeldet worden war, und auf dem gewöhnlichen Transportwege nicht rechtzeitig mehr an Ort und Stelle eintreffen konnte, im Flugzeuge von Los Angeles nach Santa Barbara befördert, und kam hier nicht nur zu rechter Zeit, sondern auch so frisch an, daß es seine sämtlichen Konkurrenten im Rennen schlug.

Letzte Telegramme.

4 Milliarden Defizit.

tz. Berlin, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der preußische Etat für 1919/20 schließt mit einem Defizit von fast 4 Milliarden Mark ab.

Haftbefehl gegen Oberst Ehrhardt.

tz. Berlin, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.) Gegen Oberst Ehrhardt, den Kommandeur der im Münsterlager ihrer Abrüstung entgegensehenden Marinebrigade, ist gestern vom Militärgericht Berlin Haftbefehl wegen Insubordination erlassen worden. Ehrhardt soll das Münsterlager bereits am Mittwoch verlassen haben.

Umsturzpläne von Festungsgefangenen.

m. München, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Korrespondenz Hoffmann teilt mit: In der Festungsstrafanstalt Niederschönenfeld ist zum Sturze der Regierung und zur Einführung der Räterepublik ein anscheinend weitverzweigtes hochverräterisches Komplott geplant worden. Das Unternehmen sollte nach Entwaffnung der Einwohnerwehr sofort ins Werk gesetzt werden. Eine bei den Gefangenen vorgenommene Durchsuchung hat den Verdachtsgründe bestätigt. Die Oeffentlichkeit wird über den weiteren Gang der Angelegenheit unterrichtet werden.

Deutschland und der Völkerbund.

tz. Genf, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des „Journal" hat Millerand in der Kammer erklärt, Frankreich werde gegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund so lange Einspruch erheben, bis die Wiedergutmachung durch Deutschland erfolgt sei. Millerand gab zu, daß die Frage der Einbeziehung Deutschlands in den Völkerbund tatsächlich zur Erörterung zwischen den Alliierten stehe.

Musikaufführung der Robert Franz-Singakademie.

Beethovens „Missa solemnis".

Mit ihrem Schwesterwerk, der neunten Symphonie, gehört Beethovens Missa solemnis (Op. 123) zu jenen mächtigen Grabmälern, auf denen sich der Tempel hat der neuen deutschen Tonkunst erhebt. Der Meister selbst nannte sie sein größtes und vollkommenstes Werk. Wenn sie in ihrem Gedankenkreis auch nicht so umfassend erscheint wie die Neunte, wenn ihr naturgemäß die unbeimlichen Regionen, zu welchen schon der erste Satz dieser Symphonie hinabsteigt, verschlossen sein müssen, wenn hier die Gegensätze schärfer gespannt sind, die Schlußkrönung hinreißender wirkt — so fordert doch die Kühnheit ihrer musikalischen Sprache, der vielstimmige Riesenbau ihrer Formen, die Größe ihres ganzen Stiles immer wieder unsere höchste Bewunderung heraus — so spendet hier der letzte Beethoven Strahlen jener seb-endig-gewaltigen, stilbildnisterischen Kraft, nach der wir gerade in diesen Zeitläuften förmlich dürsten. Der eigenartigste Zug der Dedur-Messe liegt ohne Zweifel in dem erschütternden Empfindungsumschwung des Agnus Dei. Beethoven bricht an dieser Stelle in der Auslegung des Textes völlig mit aller Tradition und will zu verstehen geben, daß es einen innern Frieden, eine Stellung in den ewigen Gesetzen der Naturkausalität für den Menschen nicht gibt. Das letzte Wort läßt er also unausgesprochen, und der jäh abbrechende Schluß des Werkes bedeutet nicht mehr als einen Waffenstillstand. Aber wie er sich die Lösung denkt, hat er schon in der Schlußfuge des Credo angedeutet, in dem grandiosen Bild eines zukünftigen Lebens, das er hier entwickelt (exspecto vitam venturi saeculi). Rich. Sternfeld bemerkt in seinem tiefen Buche über die Missa solemnis hierzu: „Wenn nicht die hergebrachte Ordnung des Messtextes es so gewollt hätte, so würde nicht der abgebrochene Schluß des Dona nobis pacem, sondern die Schlußfuge des Credo am Ende des Werkes stehen." . . .

Die Missa solemnis gehört zu den Tonwerken, die von Aufführung zu Aufführung, von Generation zu Generation immer von neuem erobert sein wollen, weil der außerordentlichen Tiefe ihres Gehaltes eine ganz ungewöhnliche Steigerung der technischen Anforderungen entspricht. Von einer vollendeten Wiedergabe wird daher wohl niemals die Rede sein. Von dem jeweiligen Dirigenten hängt es ab, ob diese oder jene Züge des Werkes schärfer hervortreten. Prof. Alfred Mahlke ist, wie immer, bestrebt, den Noten-Text korrekt wiederzugeben, läßt sein ganzes Bestreben dahin gehen, aus der Fülle der Gedanken heraus und mit größtmöglicher Freiheit der Phantasie Beethovens Visionen nachzudichten. Erfreulicherweise führte uns seine Interpretation den Kunstsinnen und triumphierenden Mahnrufen mit großer Geistesschärfe und rhythmischer Energie vor, wie sie andererseits auch dem in Andacht versunkenen, erdentrückten Beethoven, der über sein Kyrie schrieb: „Von Herzen! Möge es wieder zu Herzen gehen!" gerecht wurde. Temponahme, Betonung und Phrasierung hielten sich nicht starr an die Vorschriften der Partitur, sondern wurden aufs glücklichste gefunden durchaus gesunden, persönlichen Empfinden geleitet. Bei den ungemein schwierigen Chören konnte sich der Dirigent voll und ganz auf die seinen Stimmen anerzogene musikalische Disziplin und rhythmische Genauigkeit verlassen. Beethoven, durch Taubheit dem realen Klangleben entfremdet, muten ja hier den Sängern vielfach unlösbare, unsagbliche Aufgaben zu. Umsomehr verdient es Anerkennung, wie glänzend der Chor alle unbequemen Intervalle und Figuren nahm, wie sich die Sopranne der hohen und höchsten Tonlagen erwehrten und die einzelnen Stimmen darüber, durch Prof. Mahlkes in anfeuernden Proben vorbereitet, bei der Ausführung immer wieder angeregt, die dynamische Abtönung und deseele Deklamation nicht zu kurz kommen ließen. Um nur einiges besonders herauszugreifen: mit welch hinreißendem Schwung der Chor z. B. das „Gloria"-Presto herausbrachte, wie er die wunderbare Stelle „passus et sepultus est" mit mystischem Klangausdruck anzufüllen wußte, wie der technisch heikle Einsatz des Sopranthemas „et vitam venturi saeculi" so fein nüancierte gegeben wurde — das war aller Ehren wert. Ein ideales Soloquartett für die Missa gibt es nur selten: damals bei der unvergeßlichen Aufführung 1911 gelegentlich des hiesigen Beethovenfestes unter Ferdinand Loewe war eins bestimmen. Vorgestern trugen die Frauenstimmen, die Klarheit und Leuchtkraft von Martha Thamers-Offers Sopran, sowie Paula Werner-Jensens Alt mit seiner auffallenden Fülle und starken Ausdruckskraft den Sieg davon. Der Tenor von Heinrich Kühlborn klang in der Höhe ziemlich mühevoll und gefährdete vielfach die Tonreinheit des Ensembles. Carl Rehfuß, offenbar ein Bühnenanfänger, verfügt über ansehnliche Stimmittel und trägt ganz wirksam vor; doch störte verschiedentlich unklare Aussprache und unschönes Mienenspiel. Musikalisch erwiesen sich diese beiden Sänger als sicher. Eine fatale rhythmische Unstimmigkeit passierte dem Soloquartett leider gleich im Anfang. Um den Instrumentalpart, bei dem Beethoven alle Gruppen gleich stark heranzuziehen und diese klanglich und kokoristisch in einer mit der Zeit vorauseilenden Eigenart verwendet; machte sich das Stadttheater-Orchester verdient. Es spielte zumeist mit technischer Akkuratesse und entfaltete nach Kräften Tonschönheit. Für das herrliche Violinsolo im Benedictus setzte sich Kapellmeister Werbeck mit tiefgehender Empfindung ein, am Harmonium erwies sich Max Fest-Leipzig als zuverlässige Stütze.

Paul Klanert.

Kunst und Wissenschaft.

* Stadttheater. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß die heutige Vorstellung „Tristan und Isolde" um 6 Uhr beginnt. Dienstag abend 7 Uhr „Wotzek", Mittwoch „Königskinder", Donnerstag „Die heimliche Ehe", Freitag „Helden", Sonnabend „Der Wildschütz", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Der Widerspenstigen Zähmung", Sonntag abend „Tiefland".

* Hochschulnachrichten. Als Nachfolger des am 1. April in das Kultusministerium eingetretenen Prof. Wätzold-Halle kommt u. a. Privatdozent Professor Haselloff-Berlin in Frage. — Im Sommersemester beginnt die erste Berliner Privatdozentin, Frl. Dr. Berta Hartwig, ihre Lehrtätigkeit (Abstammungslehre). — Der frühere Privatdozent Dr. Heiler-München, ursprünglich katholischer Theologe, der dann zum Protestantismus übertrat, hat einen Ruf als ord. Professor der Theologie in Marburg erhalten. Das ist wohl der erste derartige Fall. — Der Lehrstuhl der klassischen Archäologie an der Universität Halle (an Stelle des Geh. Rats Carl Robert) ist dem bisherigen ersten Sekretär des Deutschen archäologischen Instituts in Athen, Prof. Dr. Georg Karo, angeboten worden. Prof. Karo ist 1872 in Benedig geboren und erwirkte 1902 seine Zulassung als Privatdozent für Archäologie in Bonn, von wo er im Herbst 1907 nach Athen berufen wurde. Seine Forschungen behandeln meist minoische und etruskisch-ital. Kultur.

* Auslandswissenschaften. Eine Reihe von Vorlesungen über Kolonial- und Auslandswissenschaften sind für das Sommerhalbjahr 1920 an der Universität Halle angekündigt, u. a.: Prof. Hausleiter: Die gegenwärtigen Arbeitsgebiete der deutschen evangelischen Heidenmission; Dr. Grünfeld: Kolonialpolitik; Prof. Koellreutter: Die Regierungsform Englands und seines Weltreiches; Prof. von Ruville: Allgemeine Kolonialgeschichte vom Schlusse der Entdeckungszeit bis 1870; Prof. Schmidt: Tropenhygiene; Dr. Thurnwald: Völkerpsychologie und Politik; Prof. Frischeisen-Köhler: Geschichte der englischen Philosophie in Zusammenhang mit der Kultur und dem Geistesleben Englands; Prf. Wendt: Die angelsächsische Kultur der Vereinigten Staaten.

* Der Maler des Thüringer Volkes, der aus Rudolstadt stammende Professor Adolf Männchen, ist in Düsseldorf gestorben. Seine künstlerische Laufbahn bezeugt den ehernen Fleiß des Verstorbenen. Als Stubenmalergeselle erfuhr er sich im Sommer so viel, daß er im Winter die Kunstgewerbeschulen von Jena besuchen konnte. 1889 kam er als Lehrer an die Hallische Kunstgewerbeschule; 1893 nach Danzig. An die Düsseldorfer Kunstakademie wurde er 1901 berufen. Adolf Männchen hatte die Armut in seiner Jugend selbst kennen gelernt und wurde deshalb zum Thüringer „Armenmaler". Vom Thüringer Wald hat er, wie dem Saalefelder Volksblatt geschrieben wird, die Motive zu seinen besten Bildern geholt.

st. Die Bücherei der Deutschen Turnerschaft. Das Ferdinand Goetz-Haus der Deutschen Turnerschaft in Leipzig-Lindenau, das bisher Bücherei und Archiv der Deutschen Turnerschaft beherbergte, soll verkauft werden. Die Bücherei wird von der Stadt Leipzig übernommen und von dieser für die Deutsche Turnerschaft weiter verwaltet. Die Deutsche Turnerschaft verpflichtet sich wie bisher, für Vervollständigung der Bücherei zu sorgen. Das Archiv wird der Geschäftsstelle des D. T. überwiesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200419014/fragment/page=0002